

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 804

Mittwoch, 08. Mai 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die neuen Gouverneur*innen: Akademiker*innen, indigene Autoritäten und Aktivist*innen	1
Die Bewohner*innen fordern die Annullierung der Lizenz für Cerro Blanco.....	3
Fall USAC: Oberster Gerichtshof weist Klagen gegen das Präsidentenduo ab	5
Verfahren gegen Orlando López, dem Staatsanwalt, der Ríos Montt verurteilte, eingestellt	6

Die neuen Gouverneur*innen: Akademiker*innen, indigene Autoritäten und Aktivist*innen

Guatemala, 26. April - Präsident Bernardo Arévalo gab am Donnerstag, den 25. April, in einer Pressemitteilung die Personen bekannt, die für die Gouverneursposten ausgewählt wurden, nachdem das Verfassungsgericht (CC) neun Klagen gegen ihn wegen der Entlassung von Gouverneur*innen und der Nichternennung neuer Beamt*innen abgewiesen hatte.

Die Gouverneur*innen der zwölf Departements, die ernannt wurden, sind: Edgar Tuy (Sololá); Elsa Hernández (Huehuetenango); Mariana Enríquez (Suchitepéquez); Mauricio José Acevedo (Petén), Dilia Margarita Có Coy (Alta Verapaz), Carlos Enrique Tenas (Izabal); Diana María Herrera (Jutiapa); Aldo Fernando Herrera Schell (Quetzaltenango); Angelina Aspuac (Sacatepéquez), María del Tránsito Calán (Chimaltenango), Álvaro Augusto Noguera Flores (Chiquimula) und Vivian Gabriela Mayorga (stellvertretende Gouverneurin in Escuintla).

Bereits zuvor wurden die folgenden acht Gouverneur*innen ausgewählt:

Diego Eduardo de León Barrios, Stellvertreter: Cristian Joselito Tzorin Garcí (Department Guatemala), Karoll Elyana Paredes Zacarías (El Progreso), Delfina Celestina García Reyes (Totonicapán), Mélinton Estuardo Solórzano Rivera und als Stellvertreter Hector Morán Vin (Quiché), Gladis Judith Vásquez López und als Stellvertreterin Brenda del Carmen Raymundo Guzmán (Jalapa), Francisco Arturo Echeverría Jordan (Zacapa), als Stellvertreter Rolando López Crisóstomo (San Marcos) und ebenfalls als Stellvertreter Allan Javier Melgar Solares (Santa Rosa).

In den Departments, in denen nur Stellvertreter*innen aufgeführt werden, werden offenbar die amtierenden Gouverneur*innen übernommen, also z.B. in San Marcos, Santa Rosa und Escuintla. Im Falle von Baja Verapaz und Retalhuleu wurden die CODEDES aufgefordert, eine neue Liste mit drei Kandidat*innen zu erstellen, da der Präsident der Ansicht war, dass die eingereichte Liste keine "Vertrauenspersonen der Bevölkerung" enthalte.

Der Entscheidungsprozess begann am 26. Januar, als die Exekutive die Verfahren und Voraussetzungen für die Teilnahme an der Ausschreibung bekannt gab, was Menschen aus verschiedenen Sektoren die Möglichkeit eröffnete, sich an diesem Prozess zu beteiligen, darunter Maya-Frauen, soziale Aktivist*innen und indigene Autoritäten, die sich aktiv an den 106 Tagen des Sitzstreiks zur Verteidigung der Demokratie vor der Staatsanwaltschaft (MP) im Stadtteil Gerona in der Hauptstadt beteiligten.

Diese breite Beteiligung offenbarte jedoch die Kooptation in den Entwicklungsräten der Departements (CODEDES), denen 11 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft angehören, die mit der Erstellung der Auswahllisten betraut sind, da mehrere von ihnen den Interessen mächtiger Gruppen entsprechen, darunter Abgeordnete und politische Parteien.

Aus diesem Grund hat der Präsident im März mehrere der Listen für ein neues Auswahlverfahren zurückgegeben. In den Departements, in die CODEDE keine oder mehrere Kandidat*innen entsandt oder die gesetzlich festgelegten Fristen nicht eingehalten hatte, machte Arévalo von der verfassungsgemässen Macht Gebrauch und wählte die Gouverneur*innen direkt – nämlich in Alta Verapaz, Huehuetenango, Izabal, Jutiapa, Quetzaltenango, Sacatepéquez und Chimaltenango.

Im Folgenden werden die letzten zwölf vom Präsidenten ausgewählten neuen Gouverneur*innen kurz vorgestellt.

Edgar Tuy, ehemaliger Treuhänder der indigenen Gemeinde von Sololá.

Zum ersten Mal waren bei dieser Wahl indigene Autoritäten, soziale Aktive und Maya-Wissenschaftler*innen vertreten. In Sololá ernannte Arévalo Edgar Tuy, der eine der zentralen Figuren in den 106 Tagen der Mobilisierung zur Verteidigung der Demokratie war. So redete er vor dem Sitz der MP, wo er mit Nachdruck den Rücktritt der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras forderte, und bei manch anderen Demonstrationen. Im vergangenen Oktober reichten Tuy und andere indigene Autoritäten vor dem Verfassungsgericht eine Klage gegen das Organgesetz der MP ein, das es dem Präsidenten nicht erlaubt, Porras zu entlassen. Tuy gab sein Amt als indigener Bürgermeister am 1. Januar 2024 ab, nachdem er es zwei Jahre lang innehatte.

Stellvertretender Gouverneur wird der aus San Pedro la Laguna stammende Félix Rubén Ajú Pérez, der bei den Wahlen 2023 als Abgeordneter der Partei SEMILLA für den Wahlkreis 2 von Sololá kandidierte.

Elsa Hernández, Amtsinhaberin in Huehuetenango

In Huehuetenango wurde Elsa Hernández, eine Mam, Sozialarbeiterin und Menschenrechtsverteidigerin, ernannt. Hernández sagte gegenüber Prensa Comunitaria, dass sie von der Nachricht überrascht worden sei. Sie sagte jedoch, dass die Nachricht für die Menschen, die sie vertritt, ermutigend sei: "Die zehn Dörfer von Huehuetenango stehen hinter mir und ich werde eng mit den Menschen von Huehuetenango zusammenarbeiten". Es ist das erste Mal, dass eine Maya-Frau zur Gouverneurin von Huehuetenango ernannt wurde. Ihre Ernennung werde die Geschichte des Departements und insbesondere die des Volkes der Mam, eines hartgesottenen Volkes par excellence, prägen. Das stelle sie auch vor Herausforderungen, denn es handelt sich um ein Departement mit einer machohaften und rassistischen Gesellschaft, obwohl es nur einen kleinen Anteil an Mestizen gibt. "Wir müssen uns mit diesen beiden Übeln auseinandersetzen, aber wir glauben, dass die Gesellschaft uns die Möglichkeit geben wird, zu zeigen, dass wir es schaffen können". Hernández hat sich vor allem für die Rechte der Frauen eingesetzt und an den vom Rat der Maya-Völker (CPO) geförderten Aktivitäten zur Durchführung von Volksbefragungen im Gebiet von Huehuetenango über Wasserkraftprojekte teilgenommen. Neben ihrer Beteiligung an sozialen Bewegungen verfügt Hernández über 13 Jahre Lehrerfahrung an der Universität Rafael Landívar in Huehuetenango und an der Universität San Carlos de Guatemala (USAC).

Sebastián López Camposeco, ein Lehrer der Popti', Kooperativist und ehemaliger SEMILLA-Kandidat für das Abgeordnetenmandat in Huehuetenango, wird der stellvertretende Gouverneur sein.

Angelina Aspuac, Gouverneurin von Sacatepéquez

Angelina Aspuac ist eine Kaqchikel und Mitglied der Frauenvereinigung für die Entwicklung von Sacatepéquez (AFEDDES) und der Nationalen Bewegung der Weber*innen. Aspuac hat sich auf nationaler Ebene durch ihren Einsatz für die Erhaltung der Maya-Weberei hervorgetan. Im Rahmen dieser Bewegung nahm sie an den Mobilisierungen zur Verteidigung der Demokratie im Jahr 2023 teil und brachte ihre Ablehnung der Rolle von Consuelo Porras, der Leiterin der MP, bei den Wahlen zum Ausdruck. Sie war auch Mitglied der Asamblea Social y Popular (ASP), einer Vereinigung von Organisationen, die sich zu den sozialen Problemen des Landes geäußert hat.

Als stellvertretende Gouverneurin wurde Sochil Acajábón ausgewählt, die Präsidentin des Gemeindeentwicklungsrates (COCODE) von Santo Domingo, Santo Tomás und Santa Lucía Milpas Altas war. Sie war auch in der Nachbarschaftsorganisation aktiv, die sich gegen den Betrieb der Zentralamerikanischen Energietransportgesellschaft (TRECESA) in diesem Departement wendet.

Dilia Có Coy, Gouverneurin von Alta Verapaz

Dilia Có Coy, eine Poqomchi' aus der Gemeinde Tactic, wurde zur Gouverneurin von Alta Verapaz ernannt. Có arbeitet seit 25 Jahren in der Verwaltung sozialer Projekte mit Schwerpunkt auf Menschenrechten und Gleichstellung. In einem früheren Interview sagte Có, sie habe sich zur Kandidatur entschlossen, weil sie sich für die Entwicklung ihres Departements engagiere und an die Notwendigkeit glaube, positive Veränderungen in den Gemeinden zu bewirken. Gegenüber der Prensa Comunitaria sagte sie, sie sei von der Ernennung überrascht worden, die sie in grosser Bescheidenheit annehme. Có wird nicht die erste Maya-Frau sein, die der Regierung des Departements Alta Verapaz vorsteht, denn es gab bereits andere Frauen in diesem Amt.

Alfredo Chub wurde als stellvertretender Gouverneur ernannt. Er hat die Realität seines Departements, die Lebensbedingungen der in Armut und extremer Armut lebenden Gemeinden kennengelernt. Chub hat auch kommunale Prozesse der Beratung und Begleitung von Bürgermeister*innen und kommunalen Teams begleitet. Er hat mit den CODEDES-Kommissionen zusammengearbeitet und die bisherigen Gouverneur*innen des Departements beraten.

María del Tránsito Calán, neue Gouverneurin von Chimaltenango

María del Tránsito Calán, eine Kaqchikel, ist bekannt als Verteidigerin der Rechte der indigenen Völker in diesem Department. Sie stammt aus San Martín Jilotepeque und ist die erste Frau, die in diesem Department Gouverneurin ist.

Verbündete der Semilla-Partei und Akademiker*innen

In **Petén** wählte der Präsident Mauricio José Acevedo Sandoval, der in der Gemeinde San José wohnt, zum Gouverneur, wobei er die ihm von der Verfassung verliehene Macht nutzte. Acevedo war als SEMILLA-Bürgermeisterkandidat für diese Gemeinde angetreten.

In **Suchitepéquez** wurde Aura Mariana Enríquez Cotón, Juristin, Historikerin und soziale Aktivistin, ernannt. Enríquez ist ebenfalls als Anhängerin der Partei SEMILLA bekannt

In **Izabal** wurde Carlos Tenas Ramírez, Rechtsanwalt und Universitätsprofessor, Rechtsberater und Förderer von Bürgerorganisationen, zum Amtsinhaber ernannt. Tenas hat sich durch seine Arbeit mit der Q'eqchi-Bevölkerung hervorgetan und arbeitet mit dem Kulturverein zur Rettung der historischen Werte von Izabal zusammen. Tenas erklärte gegenüber Prensa Comunitaria, er sei von der Ernennung überrascht worden und bekräftigte sein Engagement für die Arbeit des Departements, insbesondere für die indigene und ländliche Bevölkerung. Obwohl Tenas zunächst nicht in die engere Wahl gekommen war, war er einer der wenigen Fachleute, die von der Zivilgesellschaft als solche anerkannt wurde.

Gilda Córdoba, die stellvertretende Gouverneurin, ist ebenfalls Juristin. Sie sagte, sie sei erfreut über die Entscheidung von Präsident Arévalo und fühle sich geehrt, gewählt worden zu sein.

Andere Ernennungen

In **Chiquimula** wurde Álvaro Augusto Noguera Flores zum Gouverneur ernannt, bestätigte die Kommunikationsabteilung des Gouverneurs gegenüber Prensa Comunitaria. Seine Ernennung sorgte jedoch in Teilen der Bevölkerung für Unmut, da er Verbindungen zum Kongressabgeordneten Boris España unterhält, der in den Vereinigten Staaten auf der Engel-Liste steht. Noguera Flores arbeitet als Spezialist für öffentliche Investitionen im Sekretariat für Planung und Programmierung der Präsidentschaft (SEGEPLAN) und war zwischen 2007 und 2013 Techniker im Sekretariat für soziale Arbeiten (SOSEP) der Ehefrau des damaligen Präsidenten Álvaro Colom, Sandra Torres.

In **Quetzaltenango** wurde Aldo Fernando Herrera Schell als Bürgermeisterkandidat des Bürgerkomitees Sacándole Brillo a Xela (SBX) für die Wahlen 2023 aufgestellt. Schell ist Rechtsanwalt und Notar, sein Vater Marco Herrera war ebenfalls Gouverneur dieses Departements. Seine Stellvertreterin ist Mayra Leticia López Sosa.

In **Jutiapa** ist die Juristin Diana María Herrera Zepeda aus der Gemeinde El Progreso die amtierende Gouverneurin. Sie hat in der öffentlichen Verwaltung als regionale Delegierte der Generalstaatsanwaltschaft der Nation (PGN) gearbeitet. Zu ihrem Stellvertreter wurde Julio Palma Figueroa ernannt, der als Abteilungsleiter des Nationalen Koordinators für Katastrophenschutz (CONRED) in dem Department tätig war. Er war Bürgermeisterkandidat für die Partei Azul bei den Wahlen 2023.

In **Escuintla** wurde das SEMILLA-Mitglied Vivian Gabriela Mayorga zur stellvertretenden Gouverneurin ernannt, wird aber wohl zunächst die Amtsgeschäfte als Gouverneurin übernehmen.

Die Entscheidung über das Amt wurde überschattet von der Ermordung des Kandidaten Josué Fajardo Delgado am 25. März 2024. *[Leider hat die Redaktion keinerlei Informationen über ihn und seinen politischen Hintergrund gefunden.]*

Der Weg zur Wahl der Gouverneur*innen war also nicht einfach. Das Verfahren wurde von den Gerichten angefochten, als die Korruption im Zusammenhang mit der Wahl aufgedeckt wurde. "Öffentliche Angelegenheiten, die zuvor unter dem Teppich gehalten wurden, wie die Wahl der Gouverneur*innen der Departements, haben wir auf den Tisch gelegt, ihnen Sichtbarkeit verliehen und einen partizipativeren Prozess eingeleitet", sagte der Präsident in seinem Rechenschaftsbericht über seine ersten 100 Tage im Amt. Er wies darauf hin, dass es nicht einfach war, "aber so weiterzumachen wie bisher hätte dazu geführt, dass wir in den Teufelskreis der Undurchsichtigkeit geraten wären, der die lokale Macht korrumpiert".

Der Präsident muss nun noch die Gouverneure von Baja Verapaz und Retalhuleu ernennen, deren Nominierungen er an die CODEDES zurückgegeben hat. (Prensa Comunitaria)

Die Bewohner*innen fordern die Annullierung der Lizenz für Cerro Blanco

Guatemala, 25. April - "Stoppt den Bergbau, den Rohstoffabbau, lasst uns nicht allein! Geht zu dem Ort, der nicht da ist, er ist weniger als 90 Kilometer entfernt. Wenn ihr wollt, werde ich mit euch gehen. Ihr seid unsere Vertreter*innen, um Himmels willen. Wir brauchen Sie heute zum Handeln. Wenn Sie es heute nicht tun, wie viele werden Sie dann töten? Wie viele werden Sie auf dem Gewissen haben? Mit Gold an meinen Füßen kann ich mir kein Leben kaufen. Ich bin nur gekommen, um Ihnen das Unglück zu zeigen, in das Sie uns führen, und ich hoffe, dass Sie die Entscheidung treffen, uns zu retten", sagte Edgar Arturo Ramírez, einer der Einwohner von Asunción Mita, Jutiapa, als Reaktion auf die Reaktivierung des Bergbauprojekts Cerro Blanco.

Ramírez war einer der Vertreter der Dorfbewohner*innen, die am Mittwoch, den 24. April, an einer von der Kommission für Energie und Bergbau des Kongresses der Republik organisierten Sitzung teilnahmen. An der Veranstaltung nahmen der Präsident des Kongresses, Nery Ramos, ein Vertreter des Bezirks Jutiapa, die Umweltministerin Patricia Orantes, der Minister für Energie und Bergbau, Víctor Hugo Ventura, und Mitglieder des zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) teil.

Umweltministerin Patricia Orantes gab während der Veranstaltung bekannt, dass sie bei der Staatsanwaltschaft (MP) drei Beschwerden wegen offensichtlicher Unregelmässigkeiten in der Akte eingereicht habe, die dem Bergbauunternehmen den Wechsel vom Untertagebau zum Tagebau genehmigte. Wörtlich sagte sie: "Eine interne Prüfung innerhalb des Ministeriums ergab, dass das gesamte Verfahren zur Genehmigung der Lizenz am 9. Januar enorme Unregelmässigkeiten aufwies, die peinlich sind. Gefälschte Unterschriften, gefälschte Siegel, herausgerissene Blätter. Aus diesem Grund gibt es Beschwerden bei der Staatsanwaltschaft und deshalb führen wir zusammen mit der Obersten Rechnungsprüfung (CGC) ein Verfahren durch, um die Prüfung abzuschliessen, den entsprechenden Bericht zu erstellen und das Verfahren zu befolgen, das wir befolgen müssen. Ich gehe davon aus, dass wir die Genehmigung annullieren müssen".

Der Präsident des Kongresses, Nery Ramos, erklärte am Ende des Treffens, dass er die Entscheidung der Umwelt-, Energie- und Bergbaubehörde weiterverfolgen werde, um diesen Konflikt so schnell wie möglich zu lösen.

Sie übergaben eine Vereinbarung

Die Abgeordneten des PARLACEN brachten eine Resolution in den Kongress ein, in der sie die Ministerien für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) sowie für Energie und Bergbau auffordern, die Genehmigungen für das Bergbauprojekt zu widerrufen, an dem sowohl Guatemalte*innen als auch Salvadorianer*innen beteiligt sind.

"Wir empfehlen dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen der Republik Guatemala, den Beschluss zu überdenken, mit dem die Umweltgenehmigung für das Bergbauprojekt Cerro Blanco (Asunción Mita, Jutiapa) für den Tagebau genehmigt wurde, und eine Umweltprüfung des Projekts durchzuführen, um die aktuelle Situation und die Einhaltung der in den Umweltgesetzen der Republik Guatemala festgelegten Massnahmen zur Abschwächung und Vorbeugung zu überprüfen und so den Schutz der natürlichen Wasser- und Bodenressourcen beider Länder zu gewährleisten", heisst es in der vom PARLACEN in seiner monatlichen Sitzung im März verabschiedeten Resolution.

Carlos Barrera, Abgeordneter im zentralamerikanischen Parlament, erklärte, dass das Dokument von 89 der 126 Abgeordneten gebilligt wurde und dass es auch die Einrichtung einer "binationalen Kommission zwischen Guatemala und El Salvador auf höchster Ebene zur Ausarbeitung eines regionalen grenzüberschreitenden Wasservertrags vorsieht, der die Verschmutzung vermeidet und den Schutz und die Erhaltung der gemeinsamen Wasserbecken zum Ziel hat".

Umstrittenes Bergbauprojekt

Im Jahr 2007 erhielt das kanadische Unternehmen Entremares S.A. als Eigentümer die Genehmigung zum Betrieb des Bergbauprojekts Cerro Blanco in Asunción Mita, Jutiapa.

Die Lage des Geländes erschwerte den Betrieb des Projekts, da es sich auf einer geothermischen Fläche befand, was dazu führte, dass die Minenstollen bei den Grabungen immer wieder überflutet wurden. Aus diesem Grund beantragte das Unternehmen eine zweijährige Aussetzung des Betriebs. Wenn es nach dieser Zeit den Betrieb nicht wieder aufnimmt, sollte es nach dem Bergbaugesetz annulliert und geschlossen werden.

Die Aufhebung erfolgte jedoch nicht und das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) behielt Berichten zufolge die Bergbaulizenz mit der Begründung aufrecht, dass sich die Tunnel in einer "Wartungsphase" befänden.

Kurz darauf ging Entremares eine Partnerschaft mit dem ebenfalls kanadischen Unternehmen Goldcorp ein, verkaufte aber 2013 seine Anteile an Bluestone Resources.

Im Dezember 2021 legte Bluestone Resources den Regierungsbehörden einen Vorschlag zur Reaktivierung der Mine vor, der auf einer Aktualisierung derselben Umweltverträglichkeitsstudie beruhte, die vor 14 Jahren vorgelegt worden war, allerdings mit einer offensichtlichen Änderung: Die Mine würde nicht mehr unterirdisch, sondern im Tagebau betrieben werden.

Ablehnung des Cerro Blanco durch die Anwohner*innen

Am 18. September 2022 führten Organisationen und die Bevölkerung von Asunción Mita auf der Grundlage des Gemeindegesetzes eine Befragung darüber durch, ob die Bewohner*innen dem Bergbauprojekt zustimmen oder es ablehnen. Insgesamt stimmten 7.481 Menschen mit NEIN zum Bergbau, während 904 mit JA stimmten. Das Ergebnis der kommunalen Anhörung ist rechtlich unmittelbar bindend.

Im September 2023 reichte das transnationale Unternehmen eine Verfassungsklage gegen drei Artikel des Reglements der Gemeindebefragung ein, auf dem das Plebiszit über den Bergbau mit der Bevölkerung von Asunción Mita beruhte.

Das Verfassungsgericht (CC) beschloss noch in jenem Monat, die Artikel über die Gemeindebefragung vorübergehend ausser Kraft zu setzen, wodurch die Ergebnisse, aber auch die Beteiligung des Gemeinderats, der katholischen Kirche und der Nachbar*innen, die die Koordinierungskommission bildeten, wirkungslos blieben.

Im Oktober 2023 erliess die CC ein weiteres Urteil zugunsten des Bergbauunternehmens und erlaubte ihm, weiterhin eine Genehmigung zur Reaktivierung des Tagebaus zu beantragen.

Das Brisante an dem Fall ist, dass das MARN am 9. Januar, nur fünf Tage vor dem Ende der Amtszeit von Alejandro Giammattei, die vom Bergbauunternehmen beantragte Änderung des Umweltinstruments genehmigte. Daraufhin gab Bluestone in einem Kommuniké bekannt, dass es mit dem Gold- und Silberabbau beginnen werde. Darüber hinaus wies das transnationale Unternehmen darauf hin, dass das MEM auch die genehmigte Cerro Blanco-Lizenz aktualisiert habe, um sie an die Tagebauweise anzupassen.

Warnungen vor Gesundheits- und Umweltrisiken

Im November 2022 veröffentlichte das Magazin La Voz de América einen ausführlichen Artikel, in dem vor den Umwelt- und Gesundheitsrisiken gewarnt wurde, falls Guatemala dem Bergbauunternehmen die Genehmigung für den Tagebau in Cerro Blanco erteilen würde. Das Medienunternehmen befragte die salvadorianische Biologin und Forscherin der Vereinigung der Umweltschützerinnen von El Salvador (AMAES), Cidia Cortés, die davor warnte, dass eines der Hauptprobleme des Tagebaus die Freisetzung von Radongas sei, einem der Gase, die besonders krebserregend sind. In dem Bericht wird auch davor gewarnt, dass das Bergbauunternehmen plant, Restflüssigkeiten aus dem Bergbau in die Flüsse Ostúa und Lempa zu leiten.

Die Behörden in El Salvador sind besorgt über die Verschmutzung des Lempa-Flusses, da einer seiner Zuflüsse mit dem Güija-See verbunden ist, was eine Gefahr für mehr als 3 Millionen Menschen darstellen würde, die in der Nähe des Flussufers leben. Am 24. Januar informierte die salvadorianische Aussenministerin Alexandra Hill den guatemaltekischen Botschafter Rubén Nájera über die Besorgnis El Salvadors über die Verschmutzung der Gewässer des Flusses und forderte die Einrichtung eines binationalen Gremiums, das sich mit der Genehmigung des Tagebauprojekts befassen soll. (Prensa Comunitaria)

Fall USAC: Oberster Gerichtshof weist Klagen gegen das Präsidentenduo ab

Guatemala, 29. April - Der Oberste Gerichtshof (CSJ) hat die Klagen gegen Präsident Bernardo Arévalo, Vizepräsidentin Karin Herrera und den Kongressabgeordneten Samuel Pérez, die sich gegen die betrügerische Wahl des Rektors der Universität von San Carlos de Guatemala (USAC) ausgesprochen hatten, abgewiesen. Die Einsetzung von Walter Mazariegos als "De-facto-Rektor" hatte viele Universitätsmitglieder auf den Plan gerufen, die aus Protest den zentralen Campus in der Zone 12 von Guatemala-Stadt besetzt hatte.

Die Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen das kulturelle Erbe der Nation (MP) hatte in dem Fall "Übernahme der USAC: Politische Beute" Ermittlungen gegenüber Studierenden, Dozent*innen und Mitarbeiter*innen der Universität aufgenommen und versucht, ihren Protest zu kriminalisieren. Demnach sei die Besetzung der USAC von den politischen Parteien Movimiento Semilla, WINAQ und VOS für ihren Wahlkampf ausgenutzt worden.

Das Ermittlungsverfahren richtete sich gegen das Präsidentenpaar, die Abgeordneten Samuel Pérez, Román Castellanos, Carlos Barreda, Aldo Dávila und Adán Pérez sowie den neu gewählten Abgeordneten Raúl Barrera.

Das Präsidentenduo unternahm rechtliche Schritte zu seiner Verteidigung, wie etwa ein Befangenheitsantrag gegen Richter Carlos Humberto Rivera Carrillo, weil dieser in sozialen Netzwerken gegen die suspendierte politische Partei Movimiento Semilla polemisierte, nachdem sie in die zweite Wahlrunde gegangen war. Diese Klage wurde im März 2024 vom gesamten CSJ abgelehnt.

Im Januar dieses Jahres verzichtete die Staatsanwaltschaft auf die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Vizepräsidentin Karin Herrera vor deren Amtseinführung am 14. Januar.

Die Anklage wegen der Weitergabe einer Veröffentlichung der Prensa Comunitaria

Die Staatsanwaltschaft begründete seine Anklage gegen den Abgeordneten Samuel Pérez wie folgt: "Es gibt Beweise dafür, dass die angeklagte Person Menschen dazu gebracht haben könnte, sich an der Beschlagnahmung der Einrichtungen des Zentralcampus der staatlichen Universität zu beteiligen, indem sie soziale Netzwerke als Mechanismus nutzte, wie die Veröffentlichungen im sozialen Netzwerk Twitter (jetzt X genannt) zeigen", hiess es. "Am 20. April 2023 teilte Pérez die Veröffentlichung des Nutzers @PrensaComunitaria, die ein Video einer Versammlung zeigte, in der der gewählte Rektor beschuldigt wurde, sich seinen Posten in der Universität widerrechtlich angeeignet zu haben", so die Staatsanwaltschaft in ihrem Antrag auf Rücknahme des Vorverfahrens.

In der Resolution des CSJ im Fall des SEMILLA-Abgeordneten Samuel Pérez betonten die Richter*innen den Wert der Meinungsfreiheit. "Die Anschuldigungen gegen den Angeklagten erlauben es uns nicht, das Vorhandensein irgendeiner Handlung oder Unterlassung festzustellen, die mögliche Merkmale der Rechtswidrigkeit aufweisen könnte", so der Oberste Gerichtshof in seiner Begründung, als er den Antrag der Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen das nationale Erbe ablehnte. (...)

Der SEMILLA-Abgeordnete Román Castellanos erklärte gegenüber Prensa Comunitaria, dass er in Bezug auf seinen Fall nicht benachrichtigt worden sei und daher noch nicht wisse, wie der CSJ in seinem Fall entschieden habe. Er wies darauf hin, dass die Entscheidung zugunsten des Präsidenten und der Vizepräsidentin sowie gegenüber dem Abgeordneten Pérez zeige, dass die Staatsanwaltschaft nicht die Absicht habe, Gerechtigkeit zu suchen. "Die Tatsache, dass die

Entscheidung am Ende so ausfällt, macht deutlich, dass der Antrag politische Ziele verfolgt", sagte er.

Der Abgeordnete bedauerte auch, dass die Staatsanwaltschaft die Gemeinschaft der Aktiven der Universität San Carlos weiterhin kriminalisieren will. "Diese ganze Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft ist fadenscheinig, sie hat keine Rechtsgrundlage, und kriminalisiert Studierende, Dozent*innen und Universitätsmitarbeiter*innen", sagte Castellanos. Er wies auch darauf hin, dass sein Anwalt sich um Informationen zu seinem Fall bemühen werde und er hofft, dass das Plenum der Richter*innen des CSJ den Fall auf dieselbe Weise lösen wird, da es sich um dieselben Anschuldigungen handelt, mit denen ihn die Staatsanwaltschaft zusammen mit anderen Abgeordneten beschuldigt. (Prensa Comunitaria)

Verfahren gegen Orlando López, dem Staatsanwalt, der Ríos Montt verurteilte, eingestellt

Guatemala, 29. April - Richterin Aurora Beatriz Gutiérrez vom Fünften Gerichtshof stellte das Verfahren gegen den ehemaligen Leiter der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte, Orlando López, ein, das von der Staatsanwaltschaft (MP) wegen fortgesetzten Amtsmissbrauchs angestrengt worden war. Hintergrund des Verfahrens war, dass dieser als Anwalt gearbeitet habe, während er noch in einem Arbeitsverhältnis mit der Staatsanwaltschaft gestanden habe. Die Richterin vertrat die Auffassung, dass es aufgrund der Widersprüchlichkeit der vorgelegten Beweise rechtlich nicht opportun sei, López wegen dieser Straftat vor Gericht zu stellen. Die Beweise liessen in ihr Zweifel daran aufkommen, wie sie zustande gekommen waren. (...)

López wurde am 22. September 2016 von der Staatsanwaltschaft ohne Gehalt suspendiert, nachdem er wegen fahrlässiger Tötung, Behinderung von Strafverfahren und Veruntreuung angeklagt worden war. In diesem Fall wurde er im vergangenen März von einem Richter in Zacapa für unschuldig erklärt. In beiden Fällen war auch die Fundación contra el Terrorismo Kläger*in. Ihre Vertreter*innen waren bei den letzten Anhörungen nicht mehr anwesend.

"Es gibt objektive Richter*innen".

Orlando López kommentierte die Entscheidung der Richterin mit den Worten: "Es gibt noch objektive Richter*innen, die entsprechend den Verfahrensumständen entscheiden und in diesem Fall war es klar, dass ich zu keinem Zeitpunkt eine kriminelle Handlung begangen habe, die als Amtsmissbrauch angesehen werden könnte". Er fügte hinzu, dass er vom Dienst suspendiert war und daher keine Dienste für die Staatsanwaltschaft geleistet habe und dass diese ihm kein Gehalt zahlte, so dass er daher kein Arbeitsverhältnis mit dieser Institution hatte.

López war am 21. März 2023, postwendend nach seinem Freispruch in Zacapa, verhaftet worden. Sein Fall wurde zu den Fällen anderer amtierender und ehemaliger Staatsanwälte*innen gezählt, die von der Generalstaatsanwaltschaft unter Consuelo Porrás kriminalisiert wurden.

Als Leiter der Menschenrechtsstaatsanwaltschaft untersuchte López Fälle im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt wie das gewaltsame Verschwinden des Kindes Marco Antonio Molina Theissen und einen der grössten Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen in Guatemala, "CREOMPAZ", bei dem Hunderte von Skeletten in der Militärzone 21 in Alta Verapaz gefunden wurden, wo sich derzeit das Regionale Ausbildungszentrum für friedenserhaltende Operatoren (CREOMPAZ) befindet. Ausserdem hat er 2013 den pensionierten General Efraín Ríos Montt wegen Völkermordes angeklagt und vor Gericht gestellt.

Dies ist der zweite Rückschlag für die Staatsanwaltschaft in weniger als einer Woche, denn am Freitag, den 26. April, erklärte der Richter Erick Velásquez den Staatsanwalt Eduardo Pantaleón in Bezug auf die ihm zur Last gelegten Straftaten der Pflichtverletzung und der Behinderung der Strafverfolgung für nicht schuldig. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6